

TOP 15:

EntschlieÙung des Bundesrates "Einführung eines Freibetrags für selbst genutztes Wohneigentum im Grunderwerbsteuerrecht"
- Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen -

Drucksache: 622/17

Mit der EntschlieÙung soll die Bundesregierung dazu aufgefordert werden, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem ein Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum durch natürliche Personen eingeführt wird. Um den Förderumfang zu begrenzen, könnte für den Freibetrag ein Höchstwert pro Person unter der Berücksichtigung von Kindern festgelegt werden. Durch die Änderung würden Einnahmeausfälle auf Seiten der Länder bei der Grunderwerbsteuer resultieren. Die Bundesregierung soll dazu aufgefordert werden, sich angemessen an diesen Kosten zu beteiligen. Zudem soll sie bei der Fortentwicklung des Grunderwerbsteuerrechts die Verhinderung von "Share Deals", bei denen Großinvestoren die Zahlung der Grunderwerbsteuer umgehen, in den Blick nehmen.

Die Vorlage soll im Plenum des Bundesrates am 22. September 2017 vorgestellt und anschließend den Ausschüssen zur Beratung zugewiesen werden.

